

Kein Pardon für neuen Ansatz

RAUMPLANUNG Die Vorlage zum Bauen ausserhalb der Bauzone fällt durch: Die einen zweifeln, dass die Kantone raumplanerische Freiheiten verantwortlich nutzen. Den anderen sind die vorgeschlagenen Regeln zu streng.

Die Revision des Raumplanungsgesetzes kommt auch im zweiten Anlauf schlecht an. Die Rückmeldung der Kantone allerdings, die massgeblich daran mitgearbeitet haben, steht noch aus. Sie bedingten für sich eine Verlängerung der Vernehmlassungsfrist bis zur Hauptversammlung der Bau- und Planungsdirektorenkonferenz (BPUK) vom 21. September aus. Wie die Stellungnahme ausfallen wird, konnte die stellvertretende BPUK-Generalsekretärin Regina Füg gestern auf Anfrage noch nicht sagen.

Dann wird sich zeigen, wie das Kernelement der bundesrätlichen Vorlage, der sogenannte Planungs- und Kompensationsansatz, ankommt. Er sieht vor, dass die Kantone für das Bauen ausserhalb der Bauzonen mehr Spielraum erhalten. Zum Beispiel könnte ein Kanton im Richtplan eine Zone bezeichnen, in welcher der Tourismus oder die Hotellerie speziell gefördert werden.

Auf dieser Basis könnte etwa das Baugesuch eines Hoteliers bewilligt werden, auch wenn es nicht zonenkonform ist. Im Gegenzug müsste der Bauherr aber nachweisen, dass er anderswo eine Baute entfernen lässt, etwa ein nicht mehr genutztes Hotel. Ziel sind massgeschneiderte Lösungen, ohne dass die Landschaft zusätzlich belastet wird.

In der zu Ende gegangenen Vernehmlassung kommt diese Grundidee zwar mehrheitlich gut an. In der vorliegenden Ausgestaltung will sich aber niemand hinter die Vorlage stellen. Kritik kommt aus dem ganzen politischen Spektrum. Während SP, Grüne und Umweltverbände eine beschleunigte Zersiedelung befürchten, stossen sich Bürgerliche, Gewerbe und Bauern an den zu rigiden Kompensationsvorgaben für die zusätzlichen Spielräume. *sda/cab*

Kantönligeist ist ein Vorteil

FÖDERALISMUS Die Schweiz sei nicht trotz, sondern wegen des Föderalismus erfolgreich. Eine neue Studie stärkt den um Einfluss ringenden Kantonen den Rücken. Sie seien «Labors» für innovative und bürgernahe Lösungen.

Kantönligeist ist kein positiv besetzter Begriff. Ein desillusionierter Bundespolitiker sprach einmal gar scherzhaft vom «hoch miniaturisierten Extremföderalismus» in der Schweiz. Gemeinhin stehen solche Worte für Rückständigkeit und hinderliche Kleinräumigkeit.

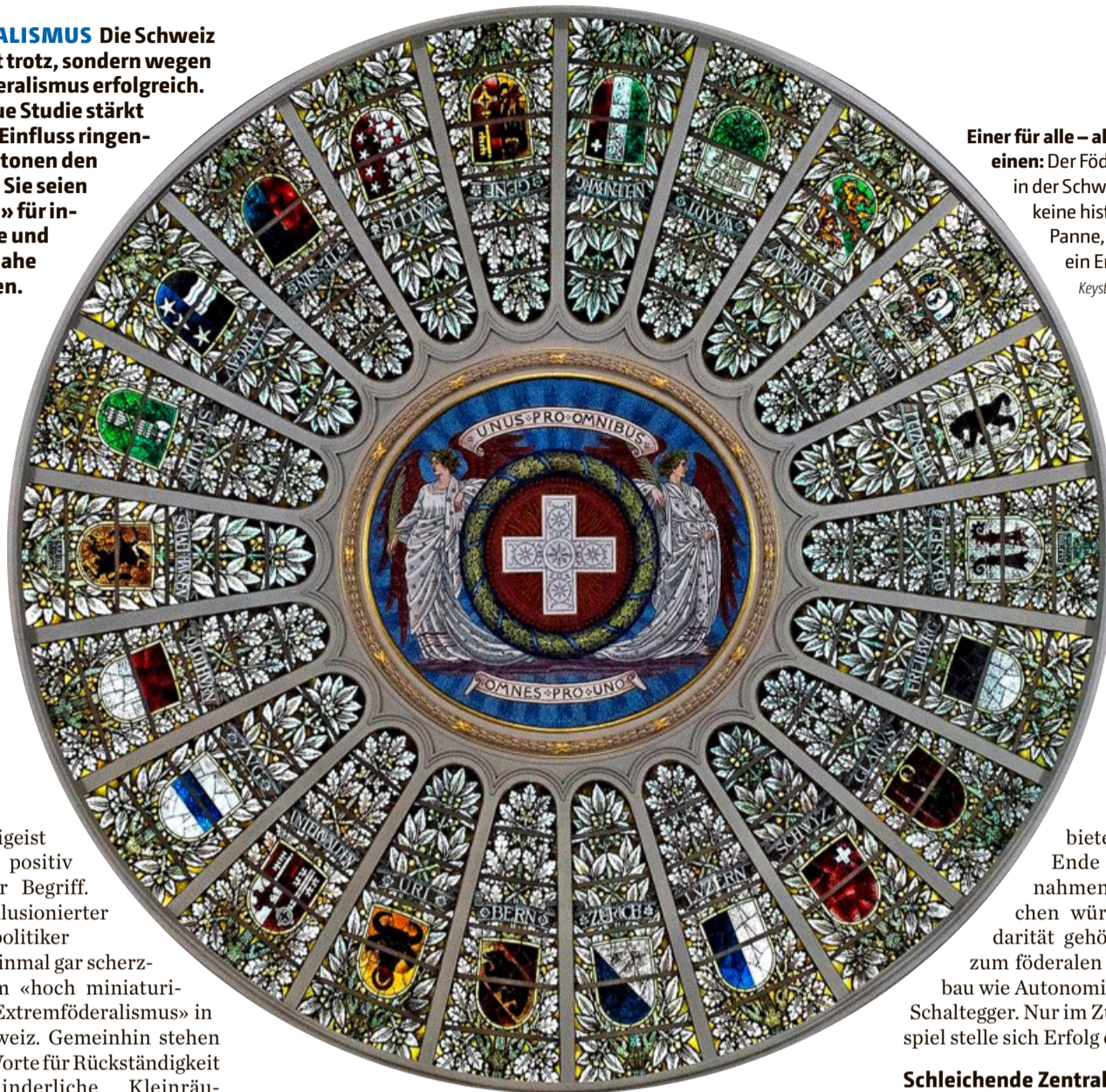
Gestern traten die Kantone zum wiederholten Male gegen dieses Vorurteil an. Sie präsentierten eine Studie, welche die auf Wirtschaftspolitik fokussierten Wissenschaftler Lars Feld und Christoph Schaltegger in ihrem Auftrag erarbeitet hatten. Die Studie kommt zum Schluss, dass der föderal aufgebaute Staat die Schweiz wettbewerbsfähiger macht. Die Vorteile überwiegen die Nachteile, sagte Schaltegger vor den Medien. Er erläuterte dies am Beispiel von ausländischen Investoren. Zwar könnten kantonale Unterschiede auf diese vorerst abschreckend wirken, weil im Gegenzug aber ein breiteres Angebot vorliege, schade dies in der Gesamtschau nicht. Da die Kantone im Wettbewerb zueinander

anderstünden, versuche sich jeder möglichst gut zu positionieren. Als Paradebeispiel führte er den Steuerwettbewerb an.

Kantonale «Labors»

Doch dieser allein erkläre den Erfolg des Schweizer Modells nicht. Da jeder Kanton anstehende Probleme wenn möglich auf seine Weise löse, liessen sich neue Ansätze testen. Die heute fast überall eingeführte Schuldbremse sei zum Beispiel 1929 im Kanton St. Gallen entwickelt worden.

Insgesamt mässige die Bürgernahe auch den Hunger nach neuen Steuern. Der föderal aufgebaute Staat erbringe Dienstleistungen vergleichsweise effizient. Geschwächt wird dieser Anreiz jedoch durch Ausgleichszahlun-



Einer für alle – alle für einen: Der Föderalismus in der Schweiz ist keine historische Panne, sondern ein Erfolgsfaktor. *Keystone*

bieten, bis am Ende die Einnahmen einbrechen würden. Solidarität gehöre ebenso zum föderalen Staatsaufbau wie Autonomie, dozierte Schaltegger. Nur im Zusammenspiel stelle sich Erfolg ein.

Schleichende Zentralisierung

Der Waadtländer Staatsrat Pascal Broulis, Präsident der CH-Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, und der St. Galler Regierungsrat Benedikt Würth, Präsident der Konferenz der Kantone, nahmen die Resultate mit Genugtuung zur Kenntnis. Sie sehen sich in ihren Vermutungen bestätigt. Würth warnte vor einem schleichenden Verlust dieser Vorteile. Er sprach drei Gefahren an: erstens den steten Ruf nach zentralistischen Lösungen, zweitens die zunehmende Verflechtung von Aufgaben über die verschiedenen Staatsebenen hinweg und drittens die Mode, auf Bundesebene Aufgaben zu beschliessen und den Kantonen die Umsetzung ohne entsprechende Finanzierung aufzubürden. *Christoph Aebischer*

«Ausgleichszahlungen sind Sand im Getriebe, aber eine Konzession an den Zusammenhalt.»

Christoph Schaltegger

gen: Wirtschaftlich starke müssen schwächere Kantone stützen. «Das mindert die Wettbewerbsfähigkeit», stellte Schaltegger fest. Doch ohne Ausgleich gehe es nicht. Ein entfesselter Wettbewerb entfalte sonst auch negative Wirkung – beim Steuerwettbewerb etwa unter dem Stichwort «Race to the Bottom» bekannt: Jeder wolle den anderen unter-

Nun sind Gentests an Embryonen möglich

MEDIZIN Heute tritt das Gesetz in Kraft, das die Untersuchung künstlich befruchteter Embryonen zulässt. Die Zentren müssen aber noch Bewilligungen einholen.

Vor zwei Jahren bereitete das Stimmvolk mit einer Verfassungsänderung der Präimplantationsdiagnostik (PID) den Weg. Vor einem Jahr hiess es die konkreten Gesetzesbestimmungen gut, und heute tritt das Gesetz nun in Kraft. Embryonen dürfen nach einer künstlichen Befruchtung genetisch untersucht werden, bevor man sie in die Gebärmutter einsetzt. Paare, die auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen, sowie Paare, die Träger einer schweren Erbkrankheit sind, können die PID in Anspruch nehmen. Sie könne allerdings noch nicht in allen Kantonen angeboten werden, halten beteiligte medizinische Fachorganisationen in einer Mitteilung fest. Um die PID durchzuführen, brauche es eine kantonale Bewilligung und eine Bewilligung des Bundes-

amts für Gesundheit, die zum Teil noch ausstehend seien.

Ein grosser Vorteil sei, dass neu ein einziger Embryo eingepflanzt werden könne, während man allfällige weitere Embryonen für spätere Behandlungen einfrieren könne, schreiben die Ärzte weiter. Damit stiegen die Chancen auf eine erfolgreiche Schwangerschaft, und es gebe weniger Mehrlingsschwangerschaften.

«Der 1. September 2017 wird als Meilenstein in die Geschichte der Reproduktionsmedizin in der Schweiz eingehen», wird Bruno Imthurn, Leiter des Kinderwunschzentrums am Universitätsspital Zürich, im Communiqué zitiert. Wie Michael von Wolff, Leiter Gynäkologische Endokrinologie und Reproduktionsmedizin am Universitätsspital Bern, auf Anfrage mitteilt, sei es zwar ein grosser Aufwand, die PID anzubieten. Die Durchführung bereite aber keine Probleme, da man bereits die technisch schwierigere Polkörperdiagnostik mache, die das Gesetz schon vorher erlaubte. *bw*

Preis für Gerhard Schwarz

AUSZEICHNUNG Der Bonny-Preis für die Freiheit geht in diesem Jahr an Gerhard Schwarz, den früheren Chef der NZZ-Wirtschaftsredaktion und Avenir-Suisse-Direktor. Er sei der wichtigste liberale Beeinflusser der Schweiz, sagte Laudator Beat Brechbühl.

Es ist eine der lukrativsten Auszeichnungen, die in der Schweiz vergeben werden: Der Bonny-Preis für die Freiheit ist mit 100 000 Franken dotiert. Stifter ist der frühere Berner FDP-Na-



Unzählige Leitartikel aus liberaler Warte geschrieben: Preisträger Gerhard Schwarz. *Christian Pfander*

tionalrat und Wirtschaftsanwalt Jean-Pierre Bonny. Der 86-Jährige war gestern persönlich bei der Preisverleihung mit rund 500 Gästen im Berner Kursaal anwesend.

Ein liberaler Beeinflusser

Die Bonny-Stiftung zeichnet mit ihrem Preis Personen aus, die «sich um den Erhalt der Freiheit verdient gemacht haben». Der diesjährige Preis geht an den Wirtschaftspublizisten Gerhard Schwarz. «Er ist einer der führenden liberalen Intellektuellen der Schweiz», sagte Beat Brechbühl, der Präsident der Bonny-Stiftung, in seiner Laudatio.

Indem Schwarz mit der NZZ-Wirtschaftsredaktion und der Denkfabrik Avenir Suisse die beiden führenden liberalen Institutionen des Landes geführt habe, sei er zum wichtigsten liberalen Beeinflusser des Landes geworden. Zudem habe der heute 66-Jährige als Mitautor des 1996 erschienenen Buches «Mut zum Aufbruch» mitgewirkt. «Kaum ein Sachbuch hat so viel bewirkt wie dieses Weissbuch», so Brech-

bühl. In seiner Rede. Gerhard Schwarz arbeitete ab 1981 für die Wirtschaftsredaktion der «Neuen Zürcher Zeitung», die er von 1994 bis 2010 leitete. Unter seinem Kürzel G.S. publizierte er unzählige Leitartikel, die vielen Lesern als liberaler Kompass

Abbau von 190 Stellen

EGERKINGEN Die Nestlé-Tochter Nestlé Skin Health stellt die Produktion in ihrer Fabrik im solothurnischen Egerkingen ein. Sie soll an andere Standorte im Ausland verlegt werden.

Nestlé Skin Health begründet die Fabrikschliessung mit Überkapazitäten. Die Produktionsvolumen am Standort Egerkingen seien seit längerem sehr tief und man erwarte in den nächsten Jahren kein signifikantes Volumenwachstum, schreibt die Nestlé-Tochter gestern in einer Mitteilung. Es droht ein Abbau von rund 190 Stellen.

In mehreren Etappen

In der Schweiz verbleiben lediglich das Verkaufsbüro Schweiz und die Abteilung Consumer Business. Sie ziehen aber an neue Standorte um. Der Transfer wird innerhalb der nächsten 12 bis 18 Monate in mehreren Etappen erfolgen.

Das Unternehmen wolle Massnahmen zur Unterstützung der Belegschaft treffen, heisst es weiter. In enger Zusammenarbeit mit den Angestellten werde Nestlé Skin Health nach Lösungen für jeden Betroffenen suchen. *sda*

Imam abgesetzt

AARGAU Die Moschee in Gebenstorf AG hat sich von ihrem langjährigen Imam getrennt – wegen des Verdachts der Radikalisierung.

Der Verdacht der Radikalisierung des Imams habe seit einem halben Jahr bestanden, sagte Murseli Ibrahimov, Vizepräsident der islamisch-albanischen Gemeinschaft. Er bestätigte einen Bericht der «Aargauer Zeitung». Man habe keine Beweise, sondern Vermutungen. Der Vorstand habe einstimmig entschieden, den Imam per sofort freizustellen. Im Sommer habe dieser radikale Imame in Skopje besucht. Am Sonntag war es nach der Abschiedsrede in der Moschee zu einer Schlägerei gekommen. *sda*

ANZEIGE

Heimfinanzierung – So nicht!

Gesetz über die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge

(Änderung vom 23. Januar 2017, Heimfinanzierung)

Am 24. September 2017

NEIN

Überparteiliches Komitee
„Heimfinanzierung so nicht!“
Postfach – 8304 Wallisellen
www.heimfinanzierung-so-nicht.ch

